WB-FM-01-081

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 80 bis 83:
ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. und sich nicht an den Verhandlungen beteiligt. Wir ~~Grünen fordern~~fordern, dass die in Deutschland gelagerten und im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag (NVV) unter deutscher „Nuklearer Teilhabe“ stehenden Atombomben endlich abgezogen und vernichtet werden, statt sie zu modernisieren. Durch die Schließung von Gronau und Lingen unterbrechen wir in Deutschland den ~~Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland~~Kreislauf der radioaktiven Fertigungskette, die auch zum Bau von Atombomben verwendet werden kann. Wir sind strikt gegen eine atomar bewaffnete EU.

Begründung

Die Forderung, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, geht über die Kritik am Abstimmungsverhalten hinaus und ist die handlungsrelevantere. Dass die „Nukleare Teilhabe“ gegen den NVV verstößt, ist Beschlusslage (Beschluss „Für ein Europa ohne atomare Bedrohung“ der BDK 2014 in Dresden) und sollte erwähnt werden; ebenso die Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Fertigungskette. Zu der kürzlich aufgekommenen Diskussion um eine atomar bewaffnete EU sollten wir uns klar positionieren.